

Pressemitteilung vom 05.07.2016

BUND: Ist das verantwortungsvolle Politik?

"Die Art und Weise, wie im Gemeinderat von Gnarrenburg wichtige Beschlüsse gefasst werden, ruft beim BUND große Verwunderung hervor. Ein Konzept für die Entwicklung des eigenen Gemeindegebietes auf den Weg zu bringen, das die Region für die Zukunft prägen wird, ohne es vorher inhaltlich zu diskutieren, ohne schriftliche Vorlage, ist kein Ruhmesblatt für die Kommunalpolitik." So Manfred Radtke, Vorsitzender der BUND-Kreisgruppe Rotenburg.

Nicht nur die Art und Weise der Entscheidung ist aus Sicht des BUND zu kritisieren, sondern vor allem auch der Inhalt. Bei jedem normalen Bebauungsplan gibt es schon vorab eine Information der Öffentlichkeit. Später wird der Plan öffentlich ausgelegt, damit interessierte Bürgerinnen und Bürger dazu Stellung nehmen können. Und beim Integrierten Gebiets- und Entwicklungskonzept?

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) kennt zwei Arten von Prüfungen. Die "normale" UVP wie bei Bebauungsplänen. Und die "Strategische Umweltprüfung" (SUP), die bei Plänen und Programmen anzuwenden ist. Darunter fällt das IGEK. Mit der SUP sollen schon auf Ebene der Pläne und Programme vorausschauend die Umweltauswirkungen geprüft werden, die durch die geplanten Projekte entstehen können. Dass Torfabbau das Klima nachhaltig schädigt, ist bekannt. Es muss also in jedem Fall eine Klimabilanz erstellt werden. Wo ist sie?

Nach Auffassung des BUND war schon der Landkreis als zuständige Behörde für das IGEK zu folgenden Schritten verpflichtet: Prüfen, ob eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltprüfung besteht; falls nicht, öffentliche Bekanntmachung unter Angabe der wesentlichen Gründe; Festlegung des Untersuchungsrahmens; Erstellung des Umweltberichts; Beteiligung der Öffentlichkeit durch Auslegung des IGEK-Entwurfs für die Dauer von mindestens einem Monat. So steht es im Gesetz, geschehen ist es nicht.

Radtke: "Erst im Dezember 2015 hat sich die Staatengemeinschaft erstmalig darauf verständigt, energische Schritte gegen den Klimawandel zu unternehmen. Im Landkreis Rotenburg gibt es dagegen interessierte Kreise, die in einem Vorranggebiet für Torferhalt(!) nicht genug Torf abbauen(!) können. Und das ist offensichtlich nicht nur die Torfindustrie. Der BUND wird jedenfalls alles daran setzen, das im Landesraumordnungsprogramm propagierte Ziel "Klimaschutz durch Torferhalt" auch im Gnarrenburger Moor umzusetzen."